



Pensions at a Glance 2009: Retirement-Income Systems in OECD Countries

Summary in German

Renten auf einen Blick 2009: Renteneinkommenssysteme in OECD-Ländern

Zusammenfassung in Deutsch

Die Krise und die Rentenpolitik

Die veröffentlichten Zahlen sind erschreckend. Infolge der Finanzkrise haben die Anlagen der privaten Alterssicherungsfonds im Jahresverlauf 2008 in den OECD-Ländern 23% bzw. rd. 5,4 Bill. US-\$ an Wert eingebüßt. Insgesamt wird im OECD-Raum im Jahr 2009 mit einem Schrumpfen der gesamtwirtschaftlichen Produktion um 4,3% gerechnet, und eine Rückkehr zum Wachstum wird nicht vor 2011 erwartet. Den Projektionen zufolge wird die Arbeitslosenquote von 5,6% der Erwerbsbevölkerung im Jahr 2007 bis 2010 auf 9,9% anziehen. Aus dem Phänomen, das als Finanzkrise begann, ist eine Wirtschafts- und Sozialkrise geworden.

Die privaten Rentenversicherungen sind vom Einbruch der Aktienkurse und Immobilienpreise am unmittelbarsten und spektakulärsten getroffen worden. Am größten sind die Effekte offensichtlich dort, wo die privaten Rentenversicherungen bei der Altersvorsorge bereits eine große Rolle spielen, wie Australien, die Niederlande und die Vereinigten Staaten. Hingegen ist kein

Land und kein Rentensystem vor den Folgen der Krise gefeit. Auch die öffentlichen Rentensysteme werden in Finanznot geraten, da die Beitragseinnahmen infolge der höheren Arbeitslosigkeit und des Verdienstrückgangs sinken und die Leistungsauszahlungen steigen.

Viele Menschen haben einen beträchtlichen Teil ihrer in Altersvorsorgeplänen und sonstigen Vermögenswerten angelegten Rentenersparnisse verloren. Besonders traumatisierend ist die Situation für ältere Arbeitskräfte. Sie werden im Fall von Arbeitslosigkeit nicht nur größeren Schwierigkeiten auf dem Arbeitsmarkt begegnen, sondern ihnen bleibt bis zum Renteneintritt auch wenig Zeit, um darauf warten zu können, dass ihre Rentenersparnisse wieder an Wert gewinnen. Einkünfte aus Ersparnissen, darunter auch private Altersvorsorgepläne, machen durchschnittlich ein Viertel der Renteneinkommen in den OECD-Ländern aus. In sieben dieser Länder sind es über 40%.

Werden diese Verluste erneut zu einer Vermehrung der Altersarmut führen? In vielen OECD-Ländern gibt es Programme, die als „automatische Stabilisatoren“ wirken und den Effekt von Anlageverlusten auf das Gesamtrenteneinkommen abfedern. So erhalten ältere Menschen, deren Rentenbezüge einen gewissen Schwellenwert unterschreiten, beispielsweise bedürftigkeitsabhängige Leistungen. Jedoch sind oder werden die Sicherheitsnetze für Ältere in einigen Ländern in Zeiten sinkender Einkünfte aus privaten Ersparnissen unzureichend.

Der kurzfristig auf den staatlichen Stellen lastende politische Druck, sofort Abhilfe zu schaffen, ist enorm. In der gegenwärtigen Situation besteht eindeutig die Gefahr, dass die politisch Verantwortlichen versucht sein könnten, die Zahl der älteren Arbeitslosen durch einen Transfer dieser Personen in die Kategorie der Leistungsempfänger bei Langzeiterkrankung oder Invalidität bzw. die Wiederbelebung von Frühverrentungsprogrammen zu reduzieren. Frühere Erfahrungen zeigen hingegen, dass kurzfristig ausgerichtete Maßnahmen im Endeffekt länger fortbestehen und die öffentlichen Haushalte und die Wirtschaft sehr stark belasten. Sie sollten auch vermieden werden, weil sie im Hinblick auf die Bevölkerungsalterung dem Ziel einer Anhebung des Rentenalters zuwiderlaufen.

Die Krise hat den kontinuierlichen Reformbedarf im Bereich der öffentlichen wie auch privaten Rentenversicherung hervorgehoben. Zu den obersten Prioritäten zählen Prüfungen der öffentlichen Alterssicherung, um zu gewährleisten, dass diese sowohl heute als auch in Zukunft einen effektiven Schutz vor Armut gewähren. Die automatischen Rentenanpassungsmechanismen, die viele Länder eingeführt haben, um die Rentenhöhe mit der Lebenserwartung und den Finanzierungskapazitäten der Fonds zu verknüpfen, müssen möglicherweise ebenfalls überdacht werden. Die Anwendung der Regeln in der

aktuellen Rezession würde häufig Leistungskürzungen nach sich ziehen, in manchen Fällen sogar in nominaler Rechnung. Die staatlichen Stellen müssen sorgfältig abwägen, ob die Regeln in solchen Zeiten zum Einsatz kommen, bis zum Beginn der wirtschaftlichen Erholung vorübergehend außer Kraft gesetzt oder unter Ausklammerung der schwächsten Rentnergruppen selektiv angewendet werden sollten.

Das Vertrauen in private Altersvorsorgepläne hat ein Allzeittief erreicht. Einige Länder haben sich dafür ausgesprochen, von diversifizierten Rentensystemen Abstand zu nehmen und zum alleinigen öffentlichen Rentensystem nach dem Umlageverfahren zurückzukehren. In der Slowakischen Republik ist Arbeitskräften, die dem neuen Rentensystem mit Beitragsprimat beigetreten sind, die Rückkehr in die gesetzliche Rentenversicherung gestattet worden. Die Rücknahme hart erkämpfter Reformen ist aber der falsche Weg. Die Finanz- und Wirtschaftskrise hat die demografischen Herausforderungen, denen sich die Rentensysteme gegenübersehen, aus dem Zentrum der Aufmerksamkeit verdrängt. Das bedeutet aber nicht, dass diese Herausforderungen überwunden sind, sie bestehen fort und müssen nach wie vor dringend bewältigt werden.

Um derartige Rücknahmen zu verhindern, kommt es entscheidend darauf an, das Vertrauen der Menschen in die private Altersvorsorge wiederherzustellen. Die Krise hat erneut auf schmerzvolle Art und Weise gezeigt, dass Veränderungen in der Funktionsweise der privaten Rentenversicherungen unerlässlich sind. Zu diesen Veränderungen zählen eine bessere Regulierung, eine effizientere Verwaltung, mehr Transparenz hinsichtlich der Risiken und Vorteile unterschiedlicher Optionen sowie ein automatischer Übergang zu weniger risikoreichen Anlageinvestitionen vor Erreichung des Rentenalters. Gelingt es den politischen Entscheidungsträgern nicht, die Bevölkerung von der Notwendigkeit diversifizierter Renteneinkommenssysteme zu überzeugen, die öffentliche und private, umlagefinanzierte und kapitalgedeckte, individuelle und kollektive Elemente kombinieren, werden sie in ihren Bemühungen um die Aufrechterhaltung des Wohlstands in alternden Gesellschaften wieder ganz an den Anfang zurückgeworfen werden.

Renten auf einen Blick 2009: ein Leitfaden

Die Finanzkrise und die tiefe Wirtschaftskrise, die sie hervorgebracht hat, beherrschen die Nachrichten nun seit über einem Jahr. Im ersten Sonderkapitel von Teil I der Ausgabe 2009 von *Renten auf einen Blick* werden die Auswirkungen der Krise auf die Renteneinkommenssysteme betrachtet. In dem Sonder-

kapitel wird untersucht, welche Personenkreise (insbesondere unterschiedliche Altersgruppen), Altersvorsorgesysteme und Länder von der Krise am stärksten betroffen sind.

In dem genannten Kapitel werden die von den Regierungen zur Minderung des Effekts der Krise bereits eingeleiteten Aktionen erörtert und evaluiert. Es wird gezeigt, dass die von vielen Regierungen eingeführten Konjunkturpakete zwei wesentliche Auswirkungen auf die Rentensysteme hatten: Eine Erhöhung der Transferleistungen an ältere Menschen und den Rückgriff auf öffentliche Rentenreservefonds zur Finanzierung der Kriseneindämmung. Des Weiteren enthält dieses Kapitel eine Evaluierung anderer rentenpolitischer Initiativen, die den Arbeitsmarkt, die öffentlichen Sicherheitsnetze, die Regulierung der privaten Pensionsfonds und die Wahl der Anlageformen betreffen.

Einkommen und Armut der Älteren von heute werden im zweiten Sonderkapitel von Teil I untersucht. Mitte der 2000er Jahre belief sich das Nettoeinkommen der über 65-Jährigen in den OECD-Ländern auf durchschnittlich 82% des Einkommens der Gesamtbevölkerung (unter Berücksichtigung der Unterschiede in der Haushaltsgröße). Zwischen den Ländern gibt es aber große Diskrepanzen. Zudem ist die Altersarmut in einigen Ländern quasi inexistent, wohingegen in Korea beispielsweise über 40% der alten Menschen in Armut leben. In den OECD-Ländern liegt die Armutsquote älterer Menschen im Durchschnitt bei 13,2%, gegenüber 10,6% für die Bevölkerung insgesamt. Ferner wird in diesem Kapitel untersucht, wie sich die Einkommens- und Armutsmuster älterer Menschen als Ergebnis von Rentenreformen sowie des sozialen und wirtschaftlichen Wandels in Zukunft voraussichtlich weiter entwickeln werden.

Die jüngsten Rentenformen sind das Thema des dritten Sonderkapitels von Teil I. Dieses Kapitel – eine Aktualisierung der Analyse aus der vorangegangenen Ausgabe von *Renten auf einen Blick* – veranschaulicht, dass die OECD-Länder ihre Rentensysteme seit 2004 weiter reformiert haben; in der Tat waren nur in fünf Ländern kaum oder keine Veränderungen zu beobachten. Diese jüngsten Reformen sind nach Kernzielen der Rentensysteme gegliedert: Erfassungsgrad, Angemessenheit der Rentenleistungen, finanzielle Tragfähigkeit, ökonomische Effizienz (Minimierung der Verzerrungen beim Arbeitsangebot und bei den Sparanreizen), Steigerung der Verwaltungseffizienz und Sicherung der Renteneinkommen angesichts verschiedener Risiken und Ungewissheiten.

Aus der Beurteilung der Reformen geht hervor, dass der Zeitraum 2004-2008 stärker unter dem Zeichen der Evolution als der Revolution stand. Es wurden keine weitreichenden Systemreformen durchgeführt, wie dies in den zehn Jahren bis 2004 der Fall gewesen war. In einigen Ländern, wie Irland,

Norwegen, Österreich und die Vereinigten Staaten, ist der Reformprozess mittlerweile zum Stillstand gekommen. In anderen Ländern hat er sich verlangsamt, und einige Reformen sind sogar wieder ausgesetzt worden. So wurden vom Gesetzgeber verabschiedete Reformen des Rentensystems in Italien beispielsweise aufgeschoben. In der Slowakischen Republik ist Arbeitskräften, die dem neuen Rentensystem mit Beitragsprimat beigetreten sind, die Rückkehr in die gesetzliche Rentenversicherung gestattet worden, und auch andere Länder fassen ähnliche Reformrücknahmen ins Auge. Möglicherweise zieht die Krise weitere Veränderungen nach sich, die mit der zur Wiederherstellung einer nachhaltigen Rentenpolitik notwendigen langfristigen Strategie unvereinbar sind.

Im letzten Sonderkapitel von Teil I, das ebenfalls eine Aktualisierung und Erweiterung der Ausführungen in der vorangegangenen Ausgabe von *Renten auf einen Blick* darstellt, wird der Erfassungsgrad der privaten Rentenversicherungen näher beleuchtet. Im Mittelpunkt der Betrachtungen stehen Länder, in denen die öffentlichen Renten niedrig sind und der Einzelne entsprechend mehr Eigenverantwortung für seine Altersvorsorge trägt. Auch in dieser Hinsicht wirft die Finanzkrise Probleme auf, vor allem wenn sie das Vertrauen der Menschen in die privaten Rentenversicherungen erschüttert. Trotzdem müssen die privaten Rentenversicherungen auf Grund der fiskalischen Sachzwänge fester Bestandteil des Politikinstrumentariums für die Altersvorsorge bleiben. Evaluiert werden in diesem Kapitel Maßnahmen, die gewährleisten sollen, dass sich jeder in der ein oder anderen Form ein Rentenskapital aufbaut, einschließlich der automatischen Mitgliedschaft und steuerlicher Anreize.

Teil II des Berichts enthält ein breites Spektrum an Indikatoren der Rentenpolitik. Die ersten neun sind Indikatoren der individuellen Rentenansprüche, die mit Hilfe der OECD-Rentenmodelle ausgehend von den 2006 geltenden Parametern berechnet wurden. Bei den Ergebnissen handelt es sich um die künftigen Rentenansprüche der Arbeitskräfte, die 2006 in den Arbeitsmarkt eingetreten sind und ihr gesamtes Erwerbsleben unter identischen gesetzlichen Rahmenbedingungen arbeiten. Für Arbeitskräfte mit Durchschnittsverdienst lag die so errechnete Bruttoersatzquote – das Verhältnis zwischen Rentenbezügen und individuellem Arbeitsentgelt – in den dreißig OECD-Ländern im Durchschnitt bei 59%. Sie variiert von 31% im Vereinigten Königreich und 34% in Irland und Japan bis hin zu 96% in Griechenland. Die Ausgabe 2009 enthält zudem einen neuen Indikator, der auch die Ersatzquoten typischer freiwilliger privater Rentenversicherungen aufzeigt.

Viele Länder sehen aber für ältere Menschen Vergünstigungen in ihrem Einkommensteuersystem vor, und die meisten Rentner zahlen keine Sozialversicherungsbeiträge. Für Durchschnittsverdiener liegt die Nettoersatzquote (ohne Steuern und

Sozialversicherungsbeiträge) dadurch im Durchschnitt bei 70%. Die Ersatzquoten werden für Männer und Frauen getrennt und auf verschiedenen Einkommensstufen aufgeführt.

Für die Ausgaben der staatlichen Stellen zählen nicht allein die Ersatzquoten zum Zeitpunkt des Renteneintritts, sondern die gesamten Rentenversprechen. Diese werden anhand der Indikatoren des Rentenvermögens gemessen, die Aufschluss geben über die Gesamtheit der über die Lebenszeit bezogenen Renteneinkommen, unter Berücksichtigung der beim Renteneintrittsalter, bei der Lebenserwartung und bei der Indexierung der laufenden Rentenzahlungen bestehenden Unterschiede. Im Durchschnitt beträgt das Rentenvermögen der Männer in Luxemburg etwa 825 000 US-\$ und das der Frauen etwa 1 Mio. US-\$. Luxemburg ist sicherlich ein Extremfall, im Durchschnitt der OECD-Länder liegen die über die gesamte Lebenszeit bezogenen Rentenleistungen der gesetzlichen Rentenversicherung bei 400 000 US-\$ für Männer und 475 000 US-\$ für Frauen.

In einem zweiten Katalog von vier Sozialindikatoren, der in der Ausgabe 2009 von *Renten auf einen Blick* neu ist, werden allgemeine Merkmale der Renteneinkommenssysteme untersucht. Er enthält Informationen zu Beitragssätzen und ihren Veränderungen im Zeitverlauf. Diese sind angesichts des auf den Rentensystemen lastenden demografischen Drucks beachtlich stabil geblieben, sie lagen 1994 bei 20% und 2007 bei 21%. Deutlicher zu Tage treten die finanziellen Belastungen aber bei einer näheren Betrachtung der Ausgaben der öffentlichen Rentenversicherung, die zwischen 1990 und 2005 um 17% rascher gestiegen sind als das Nationaleinkommen, konkret von 6,2% auf 7,2% des BIP. Der Indikator der Rentenausgaben enthält auch Informationen zu obligatorischen privaten Rentenversicherungen und Sachleistungen, wie Wohngeld und Subventionen. Zwei Indikatoren der Renteneinkommenssysteme beziehen sich auf die privaten Renten, mit Angaben zum Erfassungsgrad freiwilliger privater Rentenversicherungen und dem Wert des Anlagevermögens in Pensionsfonds. Der Erfassungsgrad privater Rentenversicherungen ist in etwa einem Drittel der OECD-Länder praktisch null, in sieben OECD-Ländern sind aber mindestens 45% der Arbeitskräfte Mitglieder einer freiwilligen privaten Rentenversicherung und in weiteren elf sind private Altersvorsorgepläne Pflicht. Vor Ausbruch der Krise belief sich der Wert der Pensionsfondsanlagen auf 75% des Gesamtnationaleinkommens der OECD-Länder.

Die letzte Gruppe von vier Indikatoren befasst sich mit dem Hintergrund und Kontext, in dem Rentensysteme operieren. Drei dieser Indikatoren sind demografischer Natur: Lebenserwartung, Geburtenziffern und Abhängigenquotient (die Zahl der Rentner im Verhältnis zur Zahl der Personen im erwerbsfähigen Alter). Diese Indikatoren veranschaulichen, dass alle OECD-Länder altern, wenn auch in unterschiedlichem Tempo. Korea wird bis

2050 wahrscheinlich vom drittjüngsten zum zweitältesten OECD-Land (nach Japan) werden. Andere Länder, wie Frankreich, die Niederlande, Schweden und das Vereinigte Königreich, sind unter demografischen Gesichtspunkten bereits alt, so dass sie in den kommenden Jahrzehnten nicht sehr rasch altern werden. Hier finden sich auch Daten zum Durchschnittsverdienst, auf denen der Großteil der übrigen Indikatoren fußt.

Schließlich liefern die Länderprofile in Teil III von *Renten auf einen Blick 2009* Kernindikatoren für nationale Rentensysteme, stellen die Parameter und Bestimmungen auf kohärente Weise dar und präsentieren die wichtigsten Ergebnisse für die individuellen Rentenansprüche: Ersatzquoten und Rentenvermögen. Zu Beginn von Teil III findet sich eine tabellarische Übersicht über alle Schlüsselparameter und Bestimmungen für die Gesamtheit der dreißig OECD-Länder.

© OECD 2009

Übersetzung durch den Deutschen Übersetzungsdienst der OECD.

Die Wiedergabe dieser Zusammenfassung ist unter Angabe der Urheberrechte der OECD sowie des Titels der Originalausgabe gestattet.

Zusammenfassungen in Drittsprachen enthalten auszugsweise Übersetzungen von OECD-Publikationen, deren Originalfassungen in englischer und französischer Sprache veröffentlicht wurden.

Sie sind unentgeltlich beim Online-Bookshop der OECD erhältlich unter Bookshop www.oecd.org/bookshop/

Wegen zusätzlicher Informationen wenden Sie sich bitte direkt an die OECD Rights and Translation Unit, Public Affairs and Communications Directorate unter: rights@oecd.org oder per Fax: +33 (0)1 45 24 99 30

OECD Rights and Translation unit (PAC)
2 rue André-Pascal, 75116
Paris, France

Besuchen Sie unsere Website www.oecd.org/rights/

